

Protokoll:

Die CDU-Fraktion stellt den im Informationssystem einsehbaren Änderungsantrag und begründet diesen.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass zunächst die Festlegung der Einkommensgrenzen überarbeitet werden müsse. Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen schließt sich dem an.

Frau Bürgermeisterin Mohrs schlägt vor, die Nettobeitragsgrenzen analog um 5,5 % anzuheben.

Die Fraktion Die LINKE-PARTEI lehnt eine Anhebung der Beiträge ab.

Die FW-Fraktion spricht sich für den Änderungsantrag der CDU-Fraktion aus.

Herr Oberbürgermeister Langner empfiehlt, die Thematik in die Haushaltsberatungen des Haupt- und Finanzausschusses zu verweisen.

Die WGS-Fraktion begrüßt eine Verweisung.

Die SPD-Fraktion bittet darum, die Einkommensstaffelungen bei anderen Kommunen in Erfahrung zu bringen. Dies wird zugesichert.